



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Joshua Frey, MdL, Tumringer Str.199, 79539 Lörrach

PRESSEMITTEILUNG



JOSHA FREY

Europapolitischer Sprecher

Mitglied im Sozialausschuss

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12

70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2063-645

Telefax (0711) 2063-14645

Mail: josef.frey@gruene.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro

Tumringer Str. 199

79539 Lörrach

Telefon (07621) 7099090

Telefax (07621) 7099091

Mail: josef.frey2@gruene.landtag-bw.de

Lörrach, den 10. November 2017

Land gibt 223.007 Euro für Neubau des ambulant betreuten Wohnens der Lebenshilfe Lörrach frei.

MdL Joshua Frey: Land investiert in barrierefreie Infrastruktur.

Die Lebenshilfe Lörrach erhält für einen Neubau des ambulant betreuten Wohnens 223.007 Euro aus dem Investitionsförderprogramm des Landes. „In unserer Gesellschaft muss es selbstverständlich sein, dass Menschen mit Behinderungen ihre Rechte und Wahlmöglichkeiten in gleicher Weise wahrnehmen können und dürfen, wie es für Menschen ohne Behinderungen ist“, freut sich MdL Joshua Frey über die Fördersumme. Das Land investiere in barrierefreie Infrastruktur, um Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung zu ermöglichen. „Wir wollen für Menschen mit Behinderungen Chancen schaffen, um aktiv und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben“, so der grüne Landtagsabgeordnete.

Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha hat in dieser Förderrunde insgesamt rund 2,4 Millionen Euro aus Landesmitteln und rund 4,9 Millionen Euro aus Ausgleichsabgabemitteln eingesetzt. Ausgleichsabgabemittel sind Abgaben von Betrieben, die mehr als 20 Arbeitsstellen anbieten, aber nicht die gesetzlich vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen (fünf Prozent der Belegschaft) beschäftigen.

Hintergrund: Aktionsplan für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Seit Inkrafttreten der UN-Behindertenkonvention im Jahr 2009 liegt der Schwerpunkt der Behindertenhilfe auf Selbstbestimmung und Teilhabe. Demnach haben auch Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft ein Wunsch- und Wahlrecht. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Menschen mit und ohne Behinderungen trotz unterschiedlicher Voraussetzungen und Fähigkeiten gemeinsam in den Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg leben, lernen,

wohnen, arbeiten und die Freizeit verbringen können.

Seit dem Inkrafttreten des Übereinkommens hat das Land bereits einige weitreichende Schritte zu seiner Umsetzung unternommen. Sie sind eingeflossen in den im Juni 2015 vom Kabinett beschlossenen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Baden-Württemberg. Der rund 250 Seiten umfassende Aktionsplan listet 230 Maßnahmenvorschläge in verschiedenen Handlungsfeldern wie Bildung, Gesundheit sowie Arbeit und Beschäftigung auf, mit denen die Landesregierung die Inklusion fördern will.